

Antrag zur erneuten Behandlung des TOP 6 der SR-Sitzung vom 22.05.2023 „Absturzsicherungen an Uferstellen“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Alfons,

die Unterzeichnenden stellen hiermit den Antrag auf eine erneute Behandlung des TOP 6 vom 22.05.2023 „Absturzsicherungen an Uferstellen“.

Begründung:

- Die der Abstimmung vom 22.05.2023 zugrundeliegenden Informationen waren unvollständig und zum Teil unkorrekt.
- Im Gegensatz zu der im Stadtrat vertretenen Ansicht der Verwaltung, liegt zum o.g. Sachverhalt kein formales Gutachten, sondern lediglich eine „Stellungnahme“ einer nicht weiter zertifizierten Institution vor.
- In der zur Verfügung stehenden Vorlage fehlten die wesentlichen rechtlichen Vorgaben (keine Hinweise auf vorliegende Grundsatzurteile (OLG München), auf bestehende Leitfäden (z.B. Leitfaden Verkehrssicherungspflicht an Badegewässern; Bayerisches Staatsministerium für Justiz 10/2021); usw.
- Die Abhilfeschläge der GTL entsprechen eigenen Einschätzungen.
- Normwidrige Versäumnisse und damit eine strafrechtlich relevante Haftung der Stadt sind nicht ableitbar.
- Die verwaltungsrechtlich zwingend notwendige Prüfung von Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der geplanten Maßnahmen ist nicht in ausreichendem Maße erfolgt.
- Einige wenige Entscheidungen zu strafrechtlicher Relevanz behördlicher Entscheidungsträger durch Instanzgerichte niederster Stufe wurden ohne Prüfung der erheblich abweichenden Sachverhalte einfach mit der vorliegenden Entscheidungssituation gleichgesetzt.

Erklärung:

z.B. Leitfaden Verkehrssicherungspflicht an Badegewässern; Bayerisches Staatsministerium für Justiz 10/2020:

Sind also Gefahren ohne weiteres erkennbar und kann die Realisierung der Gefahr durch angepasstes Verhalten vermieden werden, müssen grundsätzlich keine Maßnahmen zur Gefahrabwehr ergriffen werden.

Kommunen müssen Gefahrabwendungsmaßnahmen grundsätzlich nur für solche Gefahren treffen, die nicht naturtypisch sind und für den Benutzer überraschend auftreten.

Zum „Gutachten“:

Weder sind hier einschlägig „Sachverständige“ im üblichen Sinn tätig geworden, noch ist von der SSSWA ein „Gutachten“ geliefert worden, das den allgemein üblichen und anerkannten Kriterien fachlich qualifizierter „Gutachten“ entspricht. Im Grunde genommen hat sich die GTL eigene Vermutungen und Wünsche von willkürlich beauftragten Beratern aus einem anderen Fachgebiet abzeichnen lassen, vermutlich um eine formale Überzeugungswirkung zu erzielen, die sachlich jedenfalls in dieser Art und in diesem Ausmaß nicht zu rechtfertigen gewesen wäre.